

Gegen Studiengebühren und Sozialabbau!

Rede auf der Demo gegen Studiengebühren, Mai 2006

Was Studiengebühren für alle Studierenden für Folgen haben werden, brauch ich hier nicht weiter ausführen. Schließlich richtet sich der heutige Protest genau dagegen. Die Studiengebühren gegen die wir uns wehren, sind allerdings nur ein Puzzelstück im Projekt neoliberaler Umstrukturierung der Universitäten, der gesamten Gesellschaft und unseren eigenen Lebens.

Bildung ist nicht erst seit Studiengebühren ein Privileg für wenige, finanziell Bessergestellte. Der Zugang zum deutschen Schulsystem war schon immer sehr selektiv und die Möglichkeit ein Gymnasium oder ein Hochschule zu besuchen war auch bisher eindeutig vom sozialen Status der Eltern abhängig und führte dazu, dass nur ein verschwindend geringer Teil der Studierenden aus finanziell schlechteren Verhältnissen kommt. Anstelle dieser Tendenz entgegen zu wirken, wird sie nun zum Programm gemacht.

Studentische Mitverwaltung wird ebenso Schritt für Schritt eingeschränkt. Durch die Modelarisierung und Verschulung der Bachelor- und Master-Studiengänge entfernen sich die Universitäten immer mehr von einem freien und selbstbestimmten Studium. Durch diese Maßnahmen und nun auch noch verschärft durch Studiengebühren, werden Studierende zu einem schnellen stromlinienförmigen Studium gezwungen. Politisch, kulturelles und soziales Engagement wird dadurch erschwert, und fällt im Zweifel sogar ganz hinten runter. Die Bildungsaufgabe der Universitäten hat sich zu der eines Ausbildungsbetriebes gewandelt, in dem systematisch, effektiv standardisiertes „Humankapital“ produziert wird, das möglichst schnell in Wirtschaftskreisläufe eingegliedert werden kann.

Der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, Verlängerung von Wochenarbeitszeit, der Abbau von Kündigungsschutz und das Drängen von immer mehr Menschen in prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen ist dabei Teil derselben Medaille. Die zahlreichen Zumutungen auf Arbeits- und Sozialämtern denen sich AntragstellerInnen aussetzen müssen, um in Bettelstellung Anspruch auf zumindest ein paar Sozialleistungen erheben zu können, vermitteln das Motto: Jeder scheiß Job und jedes Ausbeutungsverhältnis ist besser als keines. Dies ist Ausdruck der Grundlinie nach der sich sozialer Status über Arbeit und Leistung definiert und Grundbestandteil eigener Identität ist.

Daß ausländische Studierende das Dreifache an Studiengebühren zahlen müssen, jedoch bei außerordentlichen Leistungen befreit werden sollen, ist beispielhaft für die Ökonomisierung deutscher und europäischer Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik in der es Greencards für ExpertInnen gibt und MigrantInnen einen sicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland erhalten wenn sie 1 Million Euro investieren oder sechs Arbeitsplätze schaffen, ansonsten aber, wenn sie Deutschlands Konjunktur nicht ankurbeln, draußen bleiben sollen und in sogenannten Ausreisezentren von Abschiebung bedroht sind oder durch eine extreme Sicherheitsüberwachung europäischer Grenzen gar nicht erst zu uns gelangen können.

Ob es sich an den Unis, in den Arbeits- und Sozialämtern oder an den Grenzen Europas abspielt. Es ist alles Ausdruck derselben Logik in der Menschen lediglich nach ihrem Leistungsvermögen und ihrer Nützlichkeit bemessen werden, in der eine Hierarchie zwischen denen die leisten und an Gesellschaft teil haben dürfen und können und denen die von fundamentalen Grundrechten systematisch ausgeschlossen bleiben zur Realität wird. Die Ungleichwertigkeit von Menschen wird damit zum gesellschaftlichen Leitbild. Und wir sollten uns die Frage stellen, ob wir in einer solchen Gesellschaft leben können und

wollen oder ob wir uns dem entgegen setzten. Widerstand kann dabei viele Formen haben.

Die immer so oft vorgebrachten Sachzwänge sind dabei immer nur Totschlagargumente um eine allgemeine Sparpolitik sozialer Ausschlüsse zu legitimieren. Diese Politik folgt allerdings keinem Naturgesetz, sondern ist ein Produkt politischer Interessen und Entscheidungen. Als solche sind das Gesetz für Studiengebühren, genau wie die ALG II, Hartz IV und die europäische Abschottungspolitik veränderbar und müssen abgeschafft werden. Die Proteste in den Banlieus in Frankreich haben es vorgemacht. Politische Einflussnahme ist möglich! Rechte sind ein Produkt sozialer Kämpfe. Sie müssen geführt werden und können gewonnen werden.

Nicht vergessen dürfen wir, hier, das Studiengebühren, die uns im Moment ganz konkret betreffen, nur ein Teil von einer ganzen Palette von gesellschaftlichen Transformationsprozessen sind. Es geht deshalb um nicht weniger als das Ganze. Ein Protest gegen Studiengebühren sollte und darf nicht isoliert geführt werden sondern muss sich mit den Protesten gegen Sozialabbau, Einschränkung von Bewegungsfreiheit und sozialer Grundrechte verbinden.

Wir wollen eine grundsätzlich anderes Zusammenleben. Und wir lassen uns die Vorstellung von einer Gesellschaft jenseits von Arbeitszwang und kapitalistischer Verwertungslogik nicht nehmen. Auf die Barrikaden! Gegen Studiengebühren. Gegen Sozialabbau. gegen Arbeitszwang und Leistungsterror und gegen rassistische Politik der Festung Europa für gesellschaftliche Umverteilung! Denn es ist genug für alle da!